

## Geliebter Genosse

Heribert Hellenbroich, 53, Ex-Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) und zuvor Leiter des Bundesamts für Verfassungsschutz, begibt sich in ungewohnte Gesellschaft. Gemeinsam mit dem ehemaligen Stasi-Oberst und Offizier im besonderen Einsatz (OibE) Ehrenfried Stelzer, 58, hat Hellenbroich einen Verein gegründet. Das „Internationale Institut für Wirtschaftssicherheit zu Berlin“ soll, so versichern der ehemalige Top-Nachrichtendienstler (West) und sein Kompagnon (Ost) unisono, aus „ideellen Motiven“ Industriebetriebe in Fragen der Wirtschaftssicherheit beraten. „Selbstlos“ (Satzung) wollen Hellenbroich und Stelzer für „störungsfreie wirtschaftliche“ Ost-West-Beziehungen eintreten und zum Wohl der Unternehmer wirken: Wirtschaftskriminalität abwehren helfen, über Daten- und Banksicherheit aufklären.

Berührungsgängste mit dem Ex-Stasi-Offizier hat Hellenbroich nicht. Deswegen Vergangenheit sei für die künftige Arbeit „nicht weiter von Interesse“, sagt der ehemalige BND-Chef, der 1985 über den Spionagefall Tiedge stolperte. Die rein nachrichtendienstliche Tätigkeit der Stasi sehe er ohnehin neutral: „Was haben wir, der BND, denn anderes gemacht?“ Ehemalige Kollegen, die unter Stelzers Leitung in der Sektion Kriminalistik an der Ost-Berliner Humboldt-Universität gearbeitet haben, wundern sich über soviel Vertrauensseligkeit. Stelzer, seit 1961 Mitarbeiter der Stasi, sei ein Hardliner gewesen – einer, der „nach dem Motto ‚Nichts geht über den geliebten Genossen



Stelzer

„Erich Honecker“ verfahren sei, sagt Horst Howorka, stellvertretender Leiter der Sektion Kriminalistik. Die Humboldt-Universität hat Stelzer beurlaubt und gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Ehreusschuß der Uni hält es für „unzumutbar“, den Hellenbroich-Kompagnon weiter zu beschäftigen.

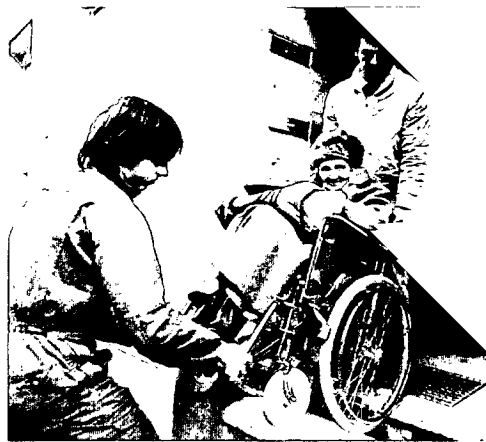
## Böhms Konto

Die Manager der früher bundeseigenen Salzgitter Industriebau GmbH (SIG), Andreas Böhm und Karl-Heinz Rubin, sind offenbar tiefer in die Affäre um die Giftgasfabrik im libyschen Rabita (SPIEGEL 24/1990) verstrickt als bisher angenommen. Die Mannheimer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen hat in den schweizerischen Bankunterlagen der Imhausen Chemie GmbH – Hauptlieferant der C-Waffen-Fabrik – ein Konto des Salzgitter-Managers Böhm gefunden. Böhm hat nach Überzeugung der Fahnder ebenso wie der vergangene Woche verhaftete Ex-Imhausen-Prokurist Friedrich Schöffel und der Manager Eugen Lang Stillhalteprämien erhalten. Schöffel, Lang und weitere leitende Mit-

arbeiter der Imhausen Chemie, darunter Geschäftsführer Hans-Joachim Renner, haben, so die Ermittler, vom rechtskräftig verurteilten Firmenchef Jürgen Hippenstiel-Imhausen Schweigegelder in Millionenhöhe kassiert, damit sie den Giftgas-Deal verschleierten. Schöffel, der monatelang als Bauleiter in Rabita tätig war, brachte persönlich die Konstruktionspläne nach Libyen. Nach Einschätzung von Oberstaatsanwalt Peter Wechsung waren Schöffel und seine Komplizen „von Anfang an“ eingeweiht und „voll mitverantwortlich“. Gegen Rubin, den Leiter der SIG-Konstruktionsabteilung, ermittelt die Staatsanwaltschaft jetzt auch wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Er soll den kriminellen Deal gleichfalls von Beginn an bewußt mitgetragen haben.

## Fehlender Anreiz

Mehr als die Hälfte der Jugendlichen in der – früheren – Bundesrepublik würde einen obligatorischen „Gesellschaftsdienst“ für Männer und Frauen anstelle der bisher auf Männer beschränkten Wehrpflicht akzeptieren. Nur 26 Prozent der vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr befragten 18- bis 28jährigen lehnten eine allgemeine Dienstpflicht ab. Die kürzlich dem Bonner Wehressort vorgelegte Studie lobt die „große Engagementbereitschaft“ der Jugendlichen. Aber nur 2 Prozent der jungen Frauen und 18 Prozent der männlichen Jugend halten den Wehrdienst für die „erstrebenswerteste Option eines Gesellschaftsdienstes“. Exakt die Hälfte der Umfrageteilnehmer sprachen sich gegen eine Tätigkeit in den Streitkräften aus. Arbeit im Umweltschutz, ein Pflichteinsatz in der Entwicklungshilfe oder die Betreuung von Kranken, Behinderten und Alten rangieren im Ansehen weit vor dem Dienst an der Waffe. Die traditionelle Begründung für den Wehrdienst, die „Bedrohung“ aus dem Osten, so die Bundeswehrwissenschaftler, erscheint vor allem den jüngeren Westdeutschen nicht mehr plausibel: „Wenn die ‚klassische‘ militärische Existenzbedrohung von der Mehrheit der Bürger nicht mehr erlebt wird, dann läßt sich auch die Wehrpflicht nicht mehr mit dem Verweis auf die militärische Bedrohung legitimie-



Zivildienstleistende

ren“, heißt es in der Bundeswehr-Studie. Die Wissenschaftler regen an, einen freiwilligen Gesellschaftsdienst einzurichten.

## Gezielte Intrige

Spaniens Botschafter in Bonn, Eduardo Foncillas, hat seine plötzliche Abberufung einer Intrige seines deutschen Kollegen in Madrid, Guido Brunner, zu verdanken. Vertraute des spanischen